



INTERVIEW

Beförderungs- und Strukturkonzept hat besondere Bedeutung

Kiel/tg – Seit exakt einem Jahr steht Klaus Schlie an der Spitze des schleswig-holsteinischen Innenministeriums. Den „Jahrestag“ nahm DP-Landesredakteur Thomas Gründemann zum Anlass, den Innenminister zu seinem Resümee sowie zur Situation und zur Zukunft der Landespolizei zu befragen.

Wie fällt Ihre Bilanz nach einjähriger Amtszeit als Innenminister für den Bereich der Polizei aus? Inwieweit sehen Sie den Koalitionsvertrag umgesetzt?

Klaus Schlie: Ich ziehe eine insgesamt positive Bilanz, ohne dabei zu verkennen, dass wir uns noch dem einen oder anderen Themenfeld innerhalb der Polizei widmen müssen! Unter der vom Parlament beschlossenen Schuldenbremse und den damit verbundenen teils drastischen Kürzungen in nahezu allen Ausgabenbereichen konnten wir den Personalbestand der Polizei jetzt und in den kommenden Jahren sichern. Das war und ist nicht selbstverständlich und bedeutet: Stellen für den Polizeivollzugsdienst werden nicht gestrichen! Die Konzentration der Polizei auf ihre Kernaufgaben und die damit verbundenen Umschichtungen von Personal zur Schließung der politisch anerkannten strategischen Lücke ist eine richtungweisende Entscheidung.

Präventionsarbeit wird wichtige Rolle bleiben

Die Präventionsarbeit in Schulen und Kindergärten wird dabei eine sehr wichtige Aufgabe der Polizei bleiben! Dennoch ist mir bewusst, dass nun Aufgabenfelder zur Disposition stehen, die die Polizei jahrelang kompetent und erfolgreich besetzt hat. Aber die Rahmenbedingungen in unserem Land lassen keinen anderen Weg zu. Alle umzusetzenden Maßnahmen dienen dabei einzig und allein dem Ziel, die vielfältigen Belastungen der Polizistinnen und Polizisten im operati-



Innenminister Klaus Schlie

Foto: Gründemann

ven Dienst zu minimieren. Dies war und ist auch immer eine zentrale Forderung der GdP. Die modifizierten Organisationsrichtlinien der Landespolizei lassen notwendige Gestaltungs- und Veränderungsmöglichkeiten vor Ort zu und beenden endgültig die Diskussionen um eine landesweit funktional ausgerichtete Landespolizei, die im Ergebnis weder zu Personal- noch zu Präsenzgewinnen in der Fläche geführt hätte!

Beförderungs- und Strukturkonzept ist von besonderer Bedeutung

Von besonderer politischer Bedeutung wird für mich das in den Verhandlungen befindliche verlässliche Beförderungs- und Strukturkonzept für die Polizei sein!

Was fehlt den Beschäftigten der Landespolizei nach Ihren Eindrücken am meisten?

Schlie: Vom ersten Tag meines Amtsantritts an spürte ich den Wunsch vieler Polizeibeschäftigten nach einer politischen Orientierung für die Landespolizei. Dies wurde durch die formulierten Erwartungen und Wünsche in meinen

zahlreichen Gesprächen mit den Beschäftigten immer wieder deutlich. Der Wunsch nach eindeutigen politischen Entscheidungen und einem klaren politischen Kurs für die Landespolizei steht nach meinem Eindruck ganz oben auf der Agenda, und zwar selbst dann, wenn der ein oder andere Polizeibeschäftigte mit einer konkreten politischen Entscheidung nicht einverstanden ist.

Beschäftigten ist Rechts- und Handlungssicherheit für die tagtägliche Arbeit eine Herzensangelegenheit

Rechts- und Handlungssicherheit für die tagtägliche Arbeit im Einsatz- und Ermittlungsbereich ist eine weitere Herzensangelegenheit vieler Beschäftigter, verbunden mit der Forderung nach politischer Rückendeckung, wenn die Polizei durch gesellschaftspolitische oder rechtliche Entscheidungen in Themenfeldern agieren soll, die sie mit ihren polizeilichen Mitteln gar nicht lösen kann. Die Frage, ob meine politischen Entscheidungen in den skizzierten Themenfeldern und meine politischen Initiativen wie beispielsweise zum Richtervorbehalt bei der Blutprobe, den polizeilichen Möglichkeiten und Grenzen im Umgang mit ehemals Sicherungsverwahrten, der Unterstützung der GdP-Forderung nach Einführung eines eigenen Paragraphen gegen Angriffe auf Polizeibeamte und der konsequenten Bekämpfung der Racketkriminalität die Erwartungen nach einer politischen Orientierung bisher erfüllt haben, müsste an die Adresse der Polizistinnen und Polizisten gerichtet werden.

Professor Pfeiffer spricht im Zusammenhang mit der KFN-Studie von den Beamtinnen und Beamten im Streifen-, Wach- und Wechseldienst als den „Helden des Alltags“. Trotzdem sind sie schlecht bewertet, haben seit 15 Jahren

Fortsetzung auf Seite 2



INTERVIEW

Fortsetzung von Seite 1

keine Erhöhung der Erschwerniszulagen erlebt, sollen – wie alle – länger arbeiten, sehen sich einer stärker werdenden Gewalt auf den Straßen ausgesetzt und vieles mehr. Was tun Sie für diese „Helden“?

Schlie: Die Formulierungen von Professor Pfeiffer drücken eine hohe Wertschätzung für die Polizistinnen und Polizisten aus, die ich uneingeschränkt teile! Die Beamtinnen und Beamten im Streifen- und Ermittlungsdienst leisten quer durch die Bank hervorragende Arbeit.

Sie sind motiviert, weil sie jeden Tag spüren, wie wichtig ihre Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist, und wie sehr die Menschen die Polizeibeamten und ihre Arbeit schätzen.

Streifen-, Wach- und Wechseldienst muss Wertschätzung finden

Diese Wertschätzung muss sich im Übrigen auch in innerpolizeilichen Entscheidungsprozessen wiederfinden. Für die Beamten im Streifen- und Ermittlungsdienst sind die Arbeitsbedingungen im polizeilichen Alltag von besonderer Bedeutung. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass sie weiterhin modern ausgestattet und angemessen untergebracht sind. Die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen werden in keinem Fall dazu führen, dass an der persönlichen Sicherheitsausstattung der Beamtinnen und Beamten gespart wird. Sofern sich aus dem anstehenden KFN-Abschlussbericht zur Gewalt gegen Polizeibeamte Handlungsnotwendigkeiten ergeben, werden diese unmittelbar auf die politische Tagesordnung gebracht. Ich möchte daran erinnern, dass Schleswig-Holstein als eines der ersten Bundesländer ohne Wenn und Aber seine Zusage zur Teilnahme an der KFN-Studie erteilt hat!

Die Verhandlungen für ein verlässliches Beförderungs- und Strukturkonzept für die Polizei laufen auf Hochtouren.

Besonderes Augenmerk wird auf die größten Beförderungstaus im Bereich A 9, inklusive „Z“ bis A 11 gelegt.

Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die größten Beförderungstaus im Bereich A 9, inklusive „Z“ bis A 11 gelegt, die sich im großen Maße auf die Arbeitsfelder im operativen Dienst beziehen. Erstmals in der Geschichte der Landespolizei bemühen wir uns, eine Finanzplanung über zehn Jahre vorzudenken, die im Ergebnis ein langfristig angelegtes Beförderungs- und Strukturpaket mit verlässlichen Beförderungsdaten ermöglichen soll. Des Weiteren wurde von mir eine Arbeitsgruppe beauftragt, eine vereinfachte Zulagenverordnung für die Polizei mit möglichen Dynamisierungen zu entwickeln, die dann allerdings mit weiteren betroffenen Ressorts abgestimmt werden muss!

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 12/2010:
Donnerstag, 4. November 2010



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

FHVD

GdP begrüßte die „Neuen“

Kiel/Altenholz/tgr. – Zum Start ins Berufsleben wurden die „Neuen“ an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung im August auch von der Gewerkschaft der Polizei begrüßt.

Für die Landes-GdP hieß Torsten Jäger in einer Grußrede den polizeilichen Nachwuchs für den gehobenen Dienst von Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei willkommen und gab den Studienanfängern gut gemeinte Ratschläge mit auf den Berufsweg. Die GdP trete unter anderem auch für die Studienbedingungen ein, so Jäger. Die für die Polizeistudentinnen und -studenten verantwortliche Regionalgruppe AFB stehe stets mit fachkundigem Rat zur Seite.

Gemeinsam mit Axel Dunst (kleines Foto r.), Kir-

sten Haß (zweite v. r.), sowie Nicole Jelinski (r.) von der Geschäftsstelle informierte Jäger (kleines Foto l.) die interessierten Kommissaranwärterinnen und -anwärter an einem Stand in persönlichen Gesprächen über die Bedeutung und Vorzüge einer Mitgliedschaft in der GdP-Solidargemeinschaft, die sich auch für die Belange der Auszubildenden und Studenten engagiere.



NORD-INNENMINISTER

„Richtervorbehalt bei Blutproben abschaffen“

Kiel. Die Innenminister der norddeutschen Länder haben sich bei ihrer letzten Konferenz mit dem Thema der Blutproben befasst. Die GdP hatte das Problem in der zurückliegenden Zeit immer wieder, auch im Austausch mit dem Innenministerium, thematisiert, nachdem sich unzählige Polizistinnen und Polizisten über die gegenwärtige Verfahrenspraxis im Zusammenhang mit der Anordnungskompetenz beklagt und auf die damit verbundenen Widrigkeiten und Gefahren im täglichen Dienst hingewiesen hatten. Die in Kiel organisierte Zusammenkunft war für Klaus Schlie eine Premiere. Er lud in das frisch renovierte Haus B am Düsternbrooker Weg ein. Die norddeutschen Kollegen waren sich schnell einig: Der Richtervorbehalt bei Blutproben gehört abgeschafft. Damit kam die Ministerrunde einer Forderung der GdP nach.

Allerdings zuständig sind die Justizresorts in Bund und Ländern. Die Innenminister haben deshalb an ihre Kollegen nachhaltig appelliert, den Richtervorbehalt bei der Anordnung von Blutentnahmen von alkoholisierten Autofahrern aus der Strafprozessordnung zu streichen. „Der Richtervorbehalt ist verfassungsrechtlich nicht zwingend erforderlich“, sagte Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Schlie (CDU). Die Befugnis zur Anordnung einer Blutprobe könne rasch und rechtsstaatlich auf die Polizei übertragen werden. Die derzeitige Regelung sei auf Dauer nicht praktikabel. Die von den Gerichten häufig geforderte umfangreiche und tief greifende Begründung für den „Stich in die Vene“ sei im täglichen Einsatzgeschäft von der Polizei nicht zu leisten. In der Praxis komme es teilweise zu deutlich spürbaren Verzögerungen, weil die Entscheidung eines Richters zu lange auf sich warten lasse. Je länger es dauere, bis es zu einer Blutentnahme komme, desto geringer sei der Beweiswert einer Blutprobe, denn Alkohol und Drogen würden sich in der Zwischenzeit weiter abbauen.

Die derzeitige Regelung, vor einer Blutentnahme zunächst eine richterliche Entscheidung einzuholen, führe auch dazu, dass Autofahrer häufig länger als erforderlich von der Polizei festgehalten werden müssten. „Dieser Freiheitsentzug muss nicht sein, wenn die Polizei die Möglichkeit hätte, die Blutprobe ohne die Anordnung eines Richters vorzunehmen“, sagte Schlie. Der Wegfall des verfassungsrechtlich nicht gebotenen Richtervorbehalts erleichtere der Polizei ihre Arbeit und schaffe Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Unterstützung erhielt der Innenminister von Werner Kalinka, dem Innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion. „Unsere zentrale Forderung war stets, dass es gegen Alkohol im Straßenverkehr ein schlankes und praxisgerechtes Aufklärungsverfahren geben muss. Dem entsprechen die vorgelegten Beschlüsse“, so Kalinka.

Aber auch Dr. Kai Dolger von der SPD-Fraktion äußerte sich: „Die bisher dabei entstehenden Verzögerungen gefährden einerseits wegen des zeitkritischen Nachweises von Alkohol oder Drogen den Ermittlungserfolg, andererseits müssen viele Verkehrsteilnehmer unnötig lange festgehalten werden. Bei den notwendigen rechtlichen Änderungen muss aber die Weiterverwendung der entnommenen Blutproben für weitere Ermittlungen, z. B. durch DNA-Analyse, ohne die gründliche Prüfung durch einen Richter ausgeschlossen werden. Eine pragmatische Lösung bei Alkohol- und Drogenkontrollen im Straßenverkehr darf nicht zur Aushöhlung des Richtervorbehalts in anderen Bereichen führen.“

Deutlich wurde auch Torsten Fürther, Innenpolitischer Sprecher der Grünen: „So wie es gegenwärtig läuft, kann es nicht weitergehen. Wir sollten mit Nachdruck Verfahren voranbringen, die bei der Blutentnahme ohne körperlichen

Eingriff auskommen. Bis dahin sollte die gegenwärtig praktizierte Anwendung des Richtervorbehalts gründlich entschlackt werden. Es kann nicht angehen, dass für jeden Piks mit der Nadel eine Akte angelegt werden muss. Auch die Verpflichtung der Polizei, nach einem erfolglosen Anruf beim Richter mitten in der Nacht, wenn der sein Handy ausgestellt hat, noch 20 Minuten mit der Blutentnahme zu warten, gehört nach Absurdistan.“

Auch der SSW sieht den Vorschlag der NORD-IMK zur Abschaffung des Richtervorbehalts bei Blutentnahmen bei strafrechtlichen und ordnungswidrigen Zuwiderhandlungen im Straßenverkehr zum Zwecke des Nachweises von Alkohol, Betäubungsmitteln oder Medikamenten positiv. „Wichtig ist dabei“, so Silke Hinrichsen, „dass der Richtervor-



Die als Folge der Atemalkoholmessung (gestelltes Foto) häufig anzunehmende Blutprobenentnahme bereitet der Polizei aktuell Probleme.

behalt nicht grundsätzlich abgeschafft wird, sondern nur im Rahmen des Straßenverkehrs. In anderen Fällen ist die Einholung der richterlichen Erlaubnis aus unserer Sicht nämlich durchaus notwendig. Dass die Polizei bei den oben genannten Handlungen im Straßenverkehr insbesondere nachts nicht erst auf die Erlaubnis eines Richters/einer Richterin warten muss und der/die zuständige Richter/-in auch nicht unbedingt den Fall einschätzen kann, führt dazu, dass eine Abschaffung des Richtervorbehalts aus unserer Sicht sinnvoll ist.“

Anm. d. Red.: Niedersachsen wird nun zur nächsten Sitzung des Bundesrates einen Antrag auf Änderung der StPO einbringen, damit der Richtervorbehalt gestrichen wird.



Seniorensseminar platzt aus allen Nähten

Senioren fordern intern größere Einflussmöglichkeiten in der GdP

Bad Malente. Der Landesseniorenvorsitzende Frank Poster begrüßte zum diesjährigen Seniorensseminar 61 Teilnehmer. So schön die Resonanz auf die Veranstaltung war, so bedauerlich war der Umstand, dass aufgrund der zu geringen Kapazitäten 21 Absagen erteilt werden mussten. Für den Landesseniorenvorsitzenden ein Zustand, der sich bei kommenden Seminaren möglichst nicht wiederholen darf. Ein Lösungsansatz ist die Durchführung des Seminars z. B. in einem Hotel. Das könnte wiederum die Erhöhung der Eigenanteile bedeuten.

An drei Tagen wurde den GdP-Senioren, die zum Teil mit den Ehepartnern in die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte nach Bad Malente gekommen waren, ein breit gefächertes Themenangebot gemacht.

Wer glaubte, dass mutmaßlich nur „Seniorenangelegenheiten“ interessant waren, sah sich getäuscht.

Unser Landesvorsitzender Oliver Malchow, der zur Begrüßung erschienen war, traf mit seinem Vortrag ins Schwarze, genauso wie Kalle Rehr, der am letzten Tag nach Malente gekommen war.

Die aktuelle polizeiliche Lage, Stuttgart 21, die Gewerkschaftssituation – ja – die Situation für alle, die interessierte uns brennend. GdP-Senioren haben und behalten die enge Bindung zu „ihrer Polizei“ und somit zu den im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen.

Gleichwohl ging es am zweiten Tag um Beihilfe, ein immer wiederkehrendes Problem – lange Bearbeitungszeiten, niemand im Finanzverwaltungsamt zu erreichen usw.

Björn Moller, Abteilungsleiter eben aus diesem Amt, war unserer Einladung gefolgt. Nach einem äußerst verständlichen Referat blieb er keine Antwort schuldig. Und – man kann durchaus feststellen: Er sorgte für viel Aufklärung, in der einen oder anderen Thematik auch für Verständnis. In diesem Zusammenhang machte Frank Poster nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Vollmacht für Beihilfe- und Versorgungsangelegenheiten aufmerksam. Diese sollte unbedingt dem Partner bzw. einer Vertrauensperson des Beihilfeberechtigten erteilt werden.

Der Bundesvorsitzende der GdP-Senioren, der 62-jährige Anton Wiemers aus Nordrhein-Westfalen, begleitete das Seminar. Den Teilnehmern wurde im Verlaufe der drei Tage deutlich, dass die GdP den richtigen Mann an die Spitze der Bundessenioren gewählt hat. Anton Wiemers bestärkte uns in unserer Auffassung, dass den Senioren in der GdP ei-

ne größere Rolle zukommen sollte als wir sie vermutlich haben. Provokant sagte er: „Wer die Kraft hat zum Jammern, hat auch die Kraft zum Handeln!“ Mit einem 23%-igen Mitgliederanteil im Landesbe-



61 Teilnehmer des Seniorensseminars stellten sich zum Gruppenbild. Links: Frank Poster

zirk Schleswig-Holstein fordern die Senioren größere Einflussmöglichkeiten. „Wir haben unser Ziel – eigene Vertretung im Geschäftsführenden Landesvorstand – nicht aus den Augen verloren“, versprach Frank Poster. Gleichwohl stellt er fest, dass die „Betreuung“ durch den Stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Kropius, der mit seinem Besuch in Malente seine Verbundenheit zur Seniorengruppe unterstrich, nicht zu beanstanden ist.

Frank Poster stellte in einem gesonderten Tagesordnungspunkt den Sach-



Oliver Malchow (l.) sprach zu den Teilnehmern. Rechts von ihm Frank Poster

stand zum Bundesprojekt „Betreutes Wohnen (Service-Wohnen)“ vor. Er begleitet dieses Projekt zukünftig auf Landesebene. Dazu wird es am 10. November 2010 in Neumünster einen eintägigen Workshop geben.

Letztlich war der pensionierte Henning Hensch, ehemals Schutzmann im Kreis Plön, unser Gast. Er berichtete in einem kurzweiligen Referat von seinen Auslandseinsätzen in Bosnien-Herzegowina. Zum Schluss fragten sich einige, ob man Henning für diese Einsätze bewundern oder bedauern sollte; so grausam waren einige Ereignisse.

Zu den umfangreichen Seminarinhalten gehörte auch ein wenig Entspannung: Am Nachmittag des zweiten Seminartages standen zwei Busse der PD AFB, der früheren BPA, bereit. Sie brachten uns zum Hof Tamm nach Eutin. Von dort ging es in einer dreistündigen Kutschfahrt in die Dodauer Forst, zur berühmten Bräutigamseiche und zur Verkostung in eine Obstbrennerei. Ein gelungener Tag, wie die Teilnehmer sagten. Den Kollegen der PD AFB, an der Spitze dem Leitenden Polizeidirektor Jürgen Kobza, sei an dieser Stelle noch einmal für die unbürokratische Hilfe gedankt.

Wie wohl jedes GdP-Mitglied aus Erfahrung weiß, gehörten die abendlichen Gespräche in der Bierklausur des Hauses zum Programm. Dieser Gedankenaustausch ist ebenso wichtig wie das Seminar an sich. Schön war, dass auch „junge Senioren“ das Seminarangebot angenommen hatten. Die Seminar Kritik war letztlich durchweg positiv.

Gut, dass es sie gibt: die GdP, die Gewerkschaft der Polizei.

pr



REGIONALLEITSTELLE

Erfahrungen wurden geschildert

Elmshorn/tgr – Nach Harrislee besuchte der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow kürzlich die Regionalleitstelle in Elmshorn, um sich auch dort einen Eindruck von der Situation, den Rahmenbedingungen und den Problemen der Kolleginnen und Kollegen an den Bildschirmarbeitsplätzen zu verschaffen. Neben der Besichtigung der räumlichen Unterbringung ließ sich Oliver Malchow gemeinsam mit Landesredakteur Thomas Gründemann vom Leiter der Regionalleitstelle Jens Jacobsen und seinem Vertreter Carsten Zingler die bisherigen Erfahrungen seit der Inbetriebnahme im April dieses Jahres schildern. Mit der Umschaltung der Notrufleitungen und Funknetze aus den ehemaligen Polizei-Einsatzleitstellen in Heide, Itzehoe, Bad Segeberg und Pinneberg war seinerzeit der Start in Elmshorn eingeleitet worden.

Während des Rundganges durch das Gebäude gaben Jacobsen und Zingler den beiden GdP-Vertretern umfassende Hintergrundinformationen sowie Einblicke in den Alltag und die praktischen Arbeitsbedingungen auf der Regionalleitstelle, wiesen dabei zudem auf vielfältige Schwierigkeiten in der Dienstabwicklung hin (das DP-Landesjournal berichtete in der letzten Ausgabe). Mehr als zwei Stunden verweilten Malchow und



Oliver Malchow (r.) mit Jens Jacobsen (m.) und Carsten Zingler.

Foto: Gründemann

Gründemann in Elmshorn. Nach dem Gespräch war Oliver Malchow mehr als zufrieden. „In bin sehr beeindruckt. Die Dienststellenleitung hat uns sehr nachvollziehbar die Arbeit auf der Regionalleitstelle und die damit verbundenen Probleme nähergebracht, aber auch Lösungsansätze aufgezeigt und somit ein abgerundetes Bild über die Situation auf der neuen Dienststelle gezeichnet“, so Oliver Malchow.

Die Tätigkeiten und die Aufgaben auf der Regionalleitstelle seien gleichermaßen anspruchsvoll wie belastend. Und obwohl der Digitalfunk noch nicht Einzug gehalten habe, seien die Arbeitsplätze in der Leitstelle hoch technisch und

setzen bei den Kolleginnen und Kollegen entsprechende Neigungen und Fähigkeiten voraus. „Wir sind der Leitung und den Dienst habenden Kollegen dankbar für die Einblicke, die sie uns gewährt haben“, sagten Malchow und Gründemann.

Der GdP-Landesvorsitzende brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass mit der Zeit auch die in den Anfangsmonaten gelegentlich verzeichneten atmosphärischen Unstimmigkeiten zwischen den Kolleginnen und Kollegen der Regionalleitstelle und denen im Streifendienst beziehungsweise auf den Dienststellen der Vergangenheit angehören und warb für gegenseitiges Verständnis.

TARIFSEMINAR

Wer hat Recht im Arbeitsrecht?

Bad Segeberg. Knapp 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden sich zu einem Seminar in der DAK-Bildungsstätte Bad Segeberg zusammen. Ihr Thema: Die Einführung in das Tarif- und Arbeitsrecht. Das Verhältnis des Arbeitszum Tarifrecht und die Wirkung des Arbeitsvertrages auf jedes Arbeitsverhältnis in ihren Einzelheiten wurden grundsätzlich dargestellt. Ausflüge in den Alltag von Polizei, Justizvollzug und GMSH anhand von Beispielen, Geschichten und Begebenheiten rundeten das Tagesseminar ab. Weitere Stichworte waren Rechte und Pflichten im Arbeitsalltag, Kündigung, Rechtsfragen rund um den Urlaub, die Altersgrenze war ebenso Diskussi-



Foto: Gründemann

onsgegenstand wie Nebenjobs. Breiten Diskussionsraum nahm das Thema Personalakten ein. Hier wird es in Absprache mit dem Unabhängigen Landesbe-

auftragen für den Datenschutz in Schleswig-Holstein noch ein Vertiefungsseminar geben.



Wir gratulieren

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Jens Friedrich, RG Kiel-Plön

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Andrea Hanicke, RG Schleswig-Flensburg

zur Vermählung

Martje Jacob geb. Bachmann und Ehemann André-Mario Jacob, RG Kiel-Plön; Heike Kellner geb. Schoop und Ehemann, RG Steinburg-Dithmarschen

In den Ruhestand traten

Jörg Dreyer, RG AFB; Rainer Parton, RG Schleswig-Holstein Mitte; Reinhard Mohrdieck, RG Segeberg; Claus Arndt, Wilfried Christian Ziemer, RG Justizvollzug

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

AFB

Jahreshauptversammlung am Dienstag, 16. November 2010, im großen Speisesaal. Interne Versammlung von 8 bis 10 Uhr. Öffentlicher Teil von 10 bis 11.30 Uhr mit dem Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Jörg Muhlack.

Kiel-Plön

Skat- und Knobelabend am Freitag, 19. 11. 2010, 18.00 Uhr, Restaurant & Café Clubhaus Tannenberg, Projensdorfer Straße 251, Kiel, Telefon 04 31/33 48 03. Es besteht die Möglichkeit, ab 18.00 Uhr im Restaurant Abendessen einzunehmen. Die Spiele starten gegen 19.00 Uhr. Einsatz für GdP-Mitglieder 5,00 €, Nichtmitglieder 7,00 €. Meldungen bitte an den Kollegen Michael Tietgen, PBR Kiel, Tel.: 1 60 15 11, E-Mail: Michel.Tietgen@polizei.landsh.de, oder Michael Strauß, 1. PR Kiel, Tel.: 1 60 11 28, E-Mail: Michel.Strauss@polizei.landsh.de

Seniorenkaffee am Montag, 29. November 2010, 15.00 Uhr, in der Gaststätte Clubhaus Tannenberg, Projensdorfer Straße 251, Kiel.

Einladung!

Neueste Informationen der Regionalgruppe und der Landesseniorengruppe (Frank Poster), Fragen zur Polizei-Versicherung beantwortet die Signal Iduna, gemütliches Verspielen (Lotto), Sonstiges. Wie immer sind auch die Partnerinnen/Partner herzlich willkommen. Anmeldungen bitte beim Kollegen Horst Wendorff, Tel.: 0 48 41/7 51 44 oder 10 57/74 17 49 22, E-Mail: horst.wendorff@t-online.de, oder Stefan Lukas, Tel.: 0 48 41/83 02 21.

Schleswig-Flensburg

Herzliche Einladung an alle GdP-Senioren Schleswig-Flensburg zu einer *gemütlichen Gesprächsrunde bei Kaffee und Kuchen am Dienstag, 9. November 2010, 15.00 Uhr, im Offizierskasino Marineschule Meierwik.* Anmeldungen bitte bis zum 4. November 2010 an Günter Krappitz, Tel. 04 61/3 63 66 oder E-Mail: christ1@foni.net

Senioren-Adventskaffee mit anschließendem Verspielen am Mittwoch, 1. Dezember 2010, 15.00 Uhr, Sportschützenheim Fahrndorf. Anmeldungen bitte an die Kollegin Britta Schäfer, Tel.: 0 46 21/ 8 41 02 vormittags) oder den Kollegen Walter Bossen, Tel.: 0 46 21/5 36 31.

Lübeck-Ostholstein

Traditioneller Adventskaffee für Senioren – Bereich Lübeck – am Freitag, 17. Dezember 2010, 15.00 Uhr, im historischen Gewölbe der Handwerkskammer Lübeck, Breite Straße 10–12. Wir bitten um Anmeldung bis zum 9. Dezember 2010 bei dem Kollegen Oskar Scharnowski, Tel.: 0 45 06/ 10 84, oder Andreas Sankewitz, Tel.: 04 51/1 31 20 70.

Schleswig-Holstein Mitte

Traditionelle Adventsfeier der Seniorinnen, Senioren und Hinterbliebenen am Dienstag, 7. Dezember 2010, 15.00 Uhr, Gaststätte Schützenheim am Kanal, Itzehoer Chaussee 2, Westerrönfeld. Anmeldungen bitte an den Kollegen Peter Petersen, Tel.: 0 43 51/4 44 09, oder Torsten Jäger, Tel.: 0 43 21/9 45 20 05.

– Seniorengruppe Neumünster –

Adventskaffee mit nettem „Klön-schnack“ der Seniorinnen und Senioren am Mittwoch, 8. Dezember 2010, 14.30 Uhr, Polizeikantine Neumünster, Altmannenstraße 14–18. Anmeldungen bitte unbedingt bis 6. Dezember 2010 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21/2 25 16.

Nordfriesland

Adventskaffee für Seniorinnen und Senioren in der Vorweihnachtszeit am Mittwoch, 1. Dezember 2010, 14.30 Uhr, Carstens Gasthof, Hauptstraße 28, Horstedt. Themen:

Steinburg-Dithmarschen

Skatnachmittag für alle Kolleginnen und Kollegen der Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen *am Dienstag, 16. 11. 2010, 13.30 Uhr, Gaststätte „Zur Eiche“, 25722 Schafstedt, Hauptstraße 17.* Anmeldungen bis spätestens 12. 11. 2010 bei Sönke Behrmann, 04 81/9 43 59, oder 01 79/2 99 66 83. Startgeld: GdP-Mitglieder 5 €, Nichtmitglieder 7 €.



www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick



3. Lübecker GdP-Nachtschicht



19. November 2010
ab 19.00 Uhr
im Schuppen 9
in Lübeck

reichthaltiges Buffet inkl.

EINTRITTSPREIS: 15,00 €
KARTENVORVERKAUF:
Behördenhaus Lübeck, Pflanzerei,
Pörsenstraße 4, Lübeck
weitere Infos unter
gdp-luebeck-ostholstein.de

VERANSTALTER:
Gewerkschaft der Polizei
Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein





Ostern 2011 in Lissabon

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab € 535,-*

5-tägige Städtereise ab / bis Hamburg zu verschiedenen Terminen** im April 2011

Entdecken Sie Portugal, die alte Seehandelsmacht im äußersten Südwesten Europas: Lissabon, an der breiten Tejomündung, liegt dort „wo das Land endet und das Meer beginnt“. Durchstreifen Sie die Altstadt mit kleinen Gassen, die steilen Hügel, die auch von alten Trambahnen oder Jugendstilauflügen erklimmt werden und die prächtigen Avenidas und Plätze. In der Umgebung erwartet Sie das romantische Sintra.

Ihr Hotel: Hotel Real Parque (4-Sterne-Kategorie) o. ä. Komfortables, zentrales Mittelklassehotel nahe dem Park Eduardo VII unweit der Metro Station São Sebastião. Das Hotel verfügt über Restaurant, Bar, Sauna, Massage, Lift. Die 153 komfortablen Zimmer sind mit Bad oder Dusche/WC, Föhn, SAT-TV, Mini-bar, Klimaanlage und Safe ausgestattet.

**** Unsere Termine 2011:** 21.04. bis 25.04. / 23.04. bis 27.04. sowie 25.04. bis 29.04.

Allgemeine Hinweise: Mindestteilnehmerzahl 30 Personen pro Termin. Veranstalter: DERTOUR GmbH, 60424 Frankfurt/M. Es gelten die Reisebedingungen von Dertour. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug mit Air Berlin ab / bis Hamburg über Palma nach Lissabon und zurück
- Flughafensteuer, Lande- und Sicherheitsgebühren
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum / vom Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- Transfers
- 4 Nächte im Hotel der gehobenen Mittelklasse
- Frühstücksbuffet
- örtliche, deutschsprechende Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer
- PSW-Reisebegleitung
- Insolvenzversicherung

Städtereise ab / bis Hamburg	pro Person ab
Im Doppelzimmer	535,- Euro*
Im Einzelzimmer	665,- Euro*
Ausflugspaket (fakultativ)	135,- Euro

* zuzüglich 9,- Euro Luftverkehrssteuer



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de



Indonesische Vielfalt

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab € 2.730,-*

17-Tage Erlebnisreise vom 16. Mai bis zum 02. Juni 2011

Vielfältige Landschaften, quirlige Metropolen, zahlreiche kulturelle Highlights und die Liebenswertigkeit der Menschen: All das erwartet Sie auf dieser ausführenden Reise durch die faszinierenden Länder Indonesiens.

- Zwei Inseln, viele Kulturen und fantastische Landschaften
- Gewürze, Handwerkskunst und Nationalparks
- Attraktive Badeverlängerung auf Bali

Inkludierte Leistungen, Rundreise:

- Singapore Airlines-Linienflüge von Frankfurt über Singapur nach Medan und zurück von Denpasar über Singapur nach Frankfurt in der Economy-Class, 20 kg Freigeäck
- Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- aktueller Kerosinzuschlag (Stand Februar 2010)
- Transfers, Ausflüge und Rundreise in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- 11 Hotelübernachtungen in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- 11 x Frühstück, 11 x Abendessen

Badeaufenthalt:

- Flug und Transfer nach/auf Bali
- 5 Nächte im 4-Sterne-Hotel Puri Santrian im Doppel-Beach-Wing-Room
- Frühstück

Ihr Gebeco Mehr-Wert

- Exklusive Gebeco-Reiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Bootsfahrt auf dem Toba-See
- Besuch der Orang-Utan-Auswilderungsstation Bohorok
- Besichtigung des Borobudur und des Prambanan Tempel
- Sonnenaufgang auf dem Mount Bromo
- Eintrittsgelder
- Ausführliches Gebeco-Infopaket mit Reiseliteratur
- Teilnehmerzahl mindestens 16 Personen

Erlebnisreise ab / bis Frankfurt	pro Pers. ab
Unterbringung im Doppelzimmer	2.730,- Euro*
Einzelzimmerzuschlag	+ 620,- Euro

* zuzüglich 50,- Euro Luftverkehrssteuer

Veranstalter: Gebeco GmbH & Co KG, Holzkoppelweg 18, 24118 Kiel / **Hinweis:** Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Und was sonst noch so war ...

1. September

Ab heute gilt die neue Vereinbarung für GdP-Mitglieder bei Europcar, dem Autovermieter. Bei Vorlage der Contractnummer erhalten GdP-Mitglieder und deren Angehörige einen deutlichen Preisnachlass. Die nächsten Europcar-Stationen können im Internet oder in den Telefonbüchern gefunden werden. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis Juni 2015.



3. September

Dicke Luft im Justizvollzugsdienst. Hier gibt es unterschiedliche Ansichten über die Berechnung der Arbeitszeiten im Wechselschichtdienst. Zum Streitpunkt wurden gesetzliche Feiertage, die auf einen Wochentag fallen. Schon im Vorwege hat es einen üppigen Schriftverkehr zwischen Ministerium und der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug gegeben. Eine Einigung war nicht möglich. Das stimmt nicht ganz, denn Regionalgruppe und Ministerium einigten sich auf einen Musterprozess. Die GdP rief alle betroffenen Mitglieder auf, ihre Ansprüche schriftlich geltend zu machen. Im Gegenzug räumte das Justizministerium ein Ruhendstellen aller Anträge bis zur rechtskräftigen Klärung dieses Punktes ein. Das Vorverfahren hat begonnen.

9. September

Besuch eines Kollegen, der im Wach- und Wechseldienst der Landespolizei beschäftigt ist. Bei einem Banküberfall waren er und einige Kollegen mit Streifenwagen sofort zur Stelle. Das Gebäude wurde umstellt, der Täter versuchte, unter Waffengewalt zu flüchten. Um nicht eventuell mithörende Mittäter zu informieren, wurde der Einsatz der Funkgeräte untersagt. Die Beamten hatten ihre privaten Handys auf lautlos gestellt, damit jederzeit eine Kommunikation möglich war. Der Kollege, der mir in meinem Zimmer gegenüber sitzt, konnte dann mit Hilfe weiterer Beam-

ten den Täter überwältigen, fixieren und abführen. Bei der Rangelei, die beim Zubodengehen entstand, fiel dem Kollegen sein privates Mobiltelefon aus der Tasche. Das Display zerbrach, das Gerät war anschließend gebrauchsunfähig. Sein Versuch, die 200 €, die für den Ersatz entstanden, vom Dienstherrn zurück zu erhalten, schlugen fehl. Es liege keine vorherige schriftliche Genehmigung zur Nutzung des privaten Handys im Rahmen des Dienstes vor, war die Begründung des sachbearbeitenden Landespolizeiamtes. Die GdP-Rechtsschutzkommission nahm sich in ihrer darauf folgenden Sitzung des Falles an und will versuchen, zunächst außerhalb einer rechtlichen Auseinandersetzung zu einem Schadenausgleich zu kommen.

13. September

Noch in der Juli-Ausgabe der Deutschen Polizei hatten wir in dieser Rubrik über ein obsiegenderes Urteil des Kieler Arbeitsgerichtes berichtet. Musterhaft war für mehrere Fälle eine Eingruppierungsklage für Sachbearbeiter des Landespolizeiamtes geführt und gewonnen. Die Eingruppierung sollte in die Entgeltgruppe 8 TV-L vorgenommen werden. Heute ging eine Berufungsschrift ein. Das Land, das durch diese Entscheidung Mehrkosten in Höhe von 250 000 € errechnet haben will, möchte die erstinstanzliche Entscheidung durch das Landesarbeitsgericht überprüfen lassen. Bei Redaktionsschluss lag noch keine Begründung vor.

19. September

Früher war es der Tag der Landespolizei, an dem die Anwärterinnen und Anwärter der Polizei vereidigt wurden. Den gibt es nun erstmals nicht mehr. Die Vereidigung findet an diesem Sonntag in Eutin statt. 133 Männer und 67 Frauen werden vom Innenminister auf dem Gelände der PD AFB vereidigt. Bei der Gelegenheit garantiert der Innenminister noch einmal die derzeitige Personalstärke von rund 6500 Vollzugsbeamtinnen und -beamten in der Schutz- und Kriminalpolizei.

25. September

Jens Ruge, ein seit Jahren der GdP sehr verbundener FDP-Politiker, steht heute wieder einmal im Rampenlicht. Ruge war mehr als zehn Jahre Landesvorsitzender der schleswig-holsteini-

schen Europa-Union. Heute gibt er sein Amt ab. Sein Nachfolger wird der frühere Justiz- und Europaminister Uwe Döring (SPD). Kirstin Funke, Europapolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion: „Wir danken Jens Ruge für sein überparteiliches, ehrenamtliches und unermüdliches Engagement. Ruge tritt für den Gedanken eines friedlichen Miteinanders der Staaten ein.“

29. September

Im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages steht heute abermals das Thema „Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte“ auf der Tagesordnung. DIE LINKE fühlt sich diesem Thema „besonders verbunden“. Die Ablehnung des Antrages auf Kennzeichnung lässt den Fraktionsvorsitzenden Jeczewski besonders giftig. „CDU und FDP wollen eine Kennzeichnungspflicht mit aller Macht verhindern. Dabei sind sich die Experten einig: Mit einer Kennzeichnung könnte die Polizei nicht nur bürgerlicher werden, sondern schwarze Schafe in der Polizei könnten auch konsequenter zur Rechenschaft gezogen werden.“ Weiter heißt es in der Presseerklärung, DIE LINKE hatte bereits im Februar gemeinsam mit den Grünen einen entsprechenden Gesetzentwurf für die schleswig-holsteinische Landespolizei vorgelegt. Tags darauf kam ein Nachtrag zu der Presseerklärung mit Richtigstellung: Es sei der Eindruck entstanden, dass mit dieser Presseerklärung die schleswig-holsteinische Landespolizei angeprangert werden soll. „Diesen Irrtum“, so Jeczewski, „stelle ich hiermit richtig.“ Weiter heißt es: „DIE LINKE kritisiert jede Form von Polizeigewalt, egal von welcher Polizei und an welchem Ort.“

5. Oktober

19.00 Uhr – Drahtenhof, Molfsee. Alljährlich findet hier der Empfang der Landespressekonferenz (LPK) statt. Thomas Gründemann und ich treffen bei der Gelegenheit eine Reihe von Funktionsträgern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und öffentlichem Leben. Peter Höver, der Vorsitzende der LPK, nimmt in seiner Begrüßung das Verhältnis von Politik und Presse in den Fokus. Dazu benutzt er eine Metapher von Stachelschweinen: Kommen sie sich zu dicht, tun die sich gegenseitig weh, sind die zu weit auseinander, erfrieren sie.

